



## Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

**Titel:** Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.

**Hinweis:** Die in der Vorlage aufgeführten Geschäfte können unter [www.bl.ch/geschaefte](http://www.bl.ch/geschaefte) eingesehen werden.

**Datum:** 25. Januar 2011

**Nummer:** 2011-041

**Bemerkungen:** [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

**Links:**

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 25. Januar 2011

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>		<b>Seite</b>
<b>1 Einleitung</b>		<b>3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden</b>	
<b>2 Abzuschreibende Aufträge</b>		<b>3.1 Finanz- und Kirchendirektion</b>	
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		- 3.1.1 Postulate	6
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.2 Motionen	8
- 2.1.2 Motionen	2	<b>3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion</b>	
<b>2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion</b>		- 3.2.1 Postulate	9
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.2 Motionen	9
- 2.2.2 Motionen	2	<b>3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion</b>	
<b>2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion</b>		- 3.3.1 Postulate	9
- 2.3.1 Postulate	2	- 3.3.2 Motionen	12
- 2.3.2 Motionen	4	<b>3.4 Sicherheitsdirektion</b>	
<b>2.4 Sicherheitsdirektion</b>		- 3.4.1 Postulate	13
- 2.4.1 Postulate	4	- 3.4.2 Motionen	14
- 2.4.2 Motionen	5	<b>3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion</b>	
<b>2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion</b>		- 3.5.1 Postulate	14
- 2.5.1 Postulate	5	- 3.5.2 Motionen	16
- 2.5.2 Motionen	5	<b>3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat</b>	
<b>2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat</b>		- 3.6.1 Postulate	17
- 2.6.1 Postulate	6	- 3.6.2 Motionen	17
- 2.6.2 Motionen	6		
<b>4 Anträge</b>			17

## 1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2010** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2009** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

## 2 Abzuschreibende Aufträge

### 2.1 Finanz- und Kirchendirektion

#### 2.1.1 Postulate

Keine

#### 2.1.2 Motionen

Keine

### 2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

#### 2.2.1 Postulate

##### 2.2.1.1 2004/317; Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien; überwiesen am 12/05/2005

Das Postulat wurde im Frühjahr 2010 von der bisher zuständigen BUD an die VGD übertragen. Mit Beschluss Nr. 536 vom 9. März 2004 verzichtete der Regierungsrat auf eine Zusammenlegung von Kantonslaboratorium und Umweltanalytik des Amtes für Umweltschutz und Energie der BUD. Im Zusammenhang mit der Einmietungsvorlage (Kantonales Laboratorium in Liestal: Umwidmung und Ersatzbeschaffung, Vorlage Nr. 2005/179 vom 21. Juni 2005) wurde im Rahmen der Parlamentsdebatte vom 16. Februar 2006 auch die Frage aufgeworfen, weshalb die Antwort auf das Postulat 2004/317 von LR Thüring noch ausstehe. Die damaligen Überlegungen, die dazu führten, das Postulat nicht zusammen mit der Vorlage über die Einmietung des Kantonalen Laboratoriums zur Abschreibung zu beantragen, sind unbekannt. Mit der Futuro-Vorlage wurde der Landrat orientiert, dass eine Zusammenlegung von Kantonslaboratorium und Umweltanalytik des Amtes für Umweltschutz und Energie nicht sinnvoll sei, weil damit neue Schnittstellen geschaffen würden.

Eine Zusammenlegung der weiteren, im Postulat aufgeführten Laboratorien (Labor der Kantonsapotheke / Labor Römermuseum / Labor der Spitäler mit dem Kan-

tonalen Labor) ist aufgrund der völlig unterschiedlichen Aufgabenstellungen und der für die Aufgabenerfüllung notwendigen technischen Einrichtungen nicht angezeigt. Die medizinischen Laboratorien der Spitäler Lauen/Bruderholz und Liestal arbeiten koordiniert unter einer Gesamtleitung. Spitäler sind 24 Stunden-Betriebe. Sie haben medizinische Fragestellungen zu analysieren und sind darauf angewiesen, Notbefunde rund um die Uhr vornehmen zu können. Auch aus diesem Grunde wäre eine Zusammenlegung des Kantonalen Labors, welches als Hauptaufgabe den Konsumentenschutz zu gewährleisten hat, nicht sinnvoll. Ein Labor der Kantonsapotheke existiert nicht.

Mit den «Labors» in Augusta Raurica sind Restaurierungslabors resp. -werkstätten oder -ateliers gemeint, die sich bezüglich Personalanforderungen (Haute école d'arts appliqués du canton de Neuchâtel in La Chaux-de-Fonds), Objektzugriffe (auf die Museumsdepots in Augst) und restaurierungsspezifischen Einrichtungen (Präparationsgeräte, Staubabsaugevorrichtungen usw.) stark von einem herkömmlichen chemischen Labor unterscheiden.

#### Antrag auf Abschreibung.

#### 2.2.2 Motionen

Keine

### 2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

#### 2.3.1 Postulate

##### 2.3.1.1 2006/115; Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel; überwiesen am 27/04/2006

Die geforderte Intensivierung der Kontakte zu den nationalen Parlamentariern finden unterdessen regelmässig statt (nicht nur bei verkehrspolitischen Themen). Auch haben die Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs der NWCH und das Gotthardkomitee das vorhandene Informationsdefizit bezüglich der Verkehrsproblematik in der Nordwestschweiz wesentlich reduzieren können. Der Bau eines dritten Juradurchstichs ist unterdessen auch «jenseits des Juras» breit anerkannt. Hingegen konnte sich der Bundesrat nicht zur Aufnahme dieses Bauwerks in die Vorlage «Bahn 2030» durchringen. Eine koordinierte Intervention durch die Nordwestschweizer Regierungen erfolgte umgehend.

Die Koordination der Nordwestschweizer Tätigkeiten im Bereich der Informationsarbeit obliegt seit 2008 dem «Komitee Pro Wisenberg». Die geforderte finanzielle Unterstützung dieses Komitees durch den Kanton Basel-Landschaft wurde vertraglich vereinbart.

#### Antrag auf Abschreibung.

##### 2.3.1.2 2007/253; Postulat von Marc Joset vom 18. Oktober 2007: Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 24/04/2008

Wurde versehentlich mit LRV Margarethenstich 2010/266 nicht abgeschrieben. Mit der Zustimmung zur Vorlage 2010/266 (Projektierung Margarethenstich)

wurde das Postulat erfüllt. Die direkte Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB wird weiter vorangetrieben. Auch ein Zuschuss durch den Bund ist im Rahmen des Agglomerationsprogramms absehbar. Der Baubeginn ist für 2013 vorgesehen.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.3.1.3 2004/153; Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009; überwiesen am 28/05/2009**

Bereits im Rahmen der Beratungen zum 6. Generellen Leistungsauftrag wurde darauf hingewiesen, dass der Inhalt des Postulats weder technisch umsetzbar ist noch in der Kompetenz des Kantons Basel-Landschaft liegt. Die Abschreibung wurde damals verweigert. Im Rahmen der Beratungen zu verschiedenen Vorstössen bezüglich Verkehrsmanagement St. Jakob (LRV 2010/174) wurde die Problematik erneut ergebnislos thematisiert. Eine Umsetzung des Postulats ist nicht absehbar.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.3.1.4 2008/237; Postulat der Grünen-Fraktion vom 25. September 2008: Keine Teerung der Todesfalle Grabenring / Baslerstrasse in Allschwil; überwiesen am 10/09/2009**

Der als Unfallschwerpunkt und mit einer schlechten Verkehrskapazität eingestufte Knoten Baslerstrasse/Grabenring in Allschwil wurde im Jahr 2010 in einen Kreis mit einer Tramsicherungsanlage umgestaltet. Die Kreiselfahrten aus beiden Fahrtrichtungen der Baslerstrasse sind aus Kapazitätsgründen sowohl für den motorisierten Individualverkehr wie auch für den öffentlichen Verkehr (Tram und Bus) zweispurig ausgestaltet. Die Kreiselfahrt Grabenring ist jedoch, wie auch sämtliche Kreiselausfahrten, nur einspurig geführt. Durch gestalterische Massnahmen wurde versucht das Geschwindigkeitsniveau der Kreiseldurchfahrten soweit als möglich tief zu halten. Im Bereich zwischen Baselmattweg und dem Grabenring wurde ein kombinierter Fuss-/Radweg erstellt. Dadurch konnte vor allem auch die Sicherheit für die Schüler vom Baselmattweg in Richtung der Schulhäuser Gartenstrasse und Lettenweg verbessert werden.

Sämtliche Massnahmen für den Langsamverkehr wurden mit den zuständigen Fachstellen der Polizei, des Tiefbauamtes und der Gemeinde Allschwil eingehend untersucht und im Hinblick auf die Verbesserung der Verkehrssicherheit beurteilt. Zudem wurde das Projekt durch ein Urteil des Kantonsgerichts, nach einer Einsprache von Pro Velo, gestützt.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

\*

*Abschreibungsanträge der BUD zu Postulaten mit laufender Behandlungsfrist:*

#### **2.3.1.5 2003/134; Postulat der Justiz- und Sicherheitskommission vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichtsgebäude; überwiesen am 08/09/2005 bzw. 20/05/2010**

Im Jahr 2010 wurden auf der Basis des künftigen Raumbedarfs für das Kantonsgericht verschiedene

Lösungsansätze geprüft: Beibehalt des Standorts am Bahnhof mit Arrondierung von zusätzlichen Adressen, Neubau eines Kantonsgerichts sowie eine Einmietungslösung. Die detaillierten Prüfungen haben aufgezeigt, dass der Neubau eines Kantonsgerichtsgebäudes auf dem heutigen Areal der Schul- und Büro-materialverwaltung die sinnvollste Lösung darstellt. Diese Lösung trägt auch das Kantonsgericht.

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 1150 vom 17.08.2010 im Rahmen der Priorisierung des Investitionsprogramms entschieden, das Neubauvorhaben zeitlich zurückzustellen.

Im Sinne von Sofortmassnahmen hat das Hochbauamt im 2. Semester 2010 für das Bezirksgericht Liestal an der Mühlemattstrasse 36 ein neues Domizil eingerichtet. Mit dem Auszug des Bezirksgerichts aus dem Hauptgebäude des Kantonsgerichts wurde Raum geschaffen um das Haftgericht mit einem notwendigen Haftrichtersaal im Haus unterzubringen. Mit diesen Sofortmassnahmen verfügt aktuell das Kantonsgericht über ausreichende Räumlichkeiten, um seinen Auftrag ausführen zu können.

Da die definitive Lösung infolge der strapazierten Finanzlage des Kantons in den nächsten Jahren nicht realisiert werden kann, sieht das Hochbauamt keine Möglichkeit, eine Projektierungskreditvorlage auszuarbeiten und das Projekt voranzutreiben. Voraussichtlich ab 2016 werden die Planungsarbeiten wieder gestartet. Bis zu diesem Zeitpunkt sind dringende Raumbedürfnisse im Sinne von Übergangslösung bestmöglich abzudecken.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.3.1.6 2006/173; Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung; überwiesen am 14/12/2006 bzw. 20/05/2010**

Nach eingehender Analyse der geltenden gesetzlichen Grundlagen und heutiger Praxis in der Oel-/Gas-Feuerungskontrolle kommt die BUD zum Schluss, dass die gewünschten substanziellen Verbesserungen betreffend Abläufe, Gebühren und weitergehender Liberalisierung nur durch Zentralisierung des Vollzugs beim Kanton und Aufheben der Gemeindegewalt erzielt werden können. Gleichzeitig muss die kantonale Feuerungsdatenbank zur Adaption verbesserter Abläufe und Unterstützung von Automatismen erneuert und den aktuellen Informatik-Gegebenheiten angepasst werden. Auf dieser Grundlage wurde ein Vollzugsmodell erarbeitet und an Gemeinden, Feuerungskontrolleuren und Servicebranche zur Vernehmlassung unterbreitet. 28 Gemeinden und die Servicebranche unterstützen den Vorschlag zur Zentralisierung; 35 Gemeinden, der Gemeindeverband (VBLG) und der Verband der Feuerungskontrolleure lehnen die Zentralisierung ab. Die restlichen Gemeinden schliessen sich ususgemäss der Stellungnahme des Gemeindeverbandes an. Der Erneuerung der Datenbank und der damit einhergehenden Erhöhung von Automatismen und Verbesserung von Abläufen wird einhellig zugestimmt. Mangels mehrheitlicher Zustimmung der Gemeinden sind für die BUD Zeitpunkt und Voraussetzungen für eine Zentralisierung der Feuerungskontrolle nicht ausreichend gegeben. Hingegen soll die Feuerungsdatenbank aktualisiert werden.

Die kantonale Datenbank zur Oel-, Gasfeuerungskon-

trolle wurde im 2010 erneuert und fristgerecht und erfolgreich im September 2010 den Gemeinden für den Vollzug freigegeben. Anforderungen der Gemeinden und Feuerungskontrolleure konnten erfüllt werden, so dass der papierlose Datenaustausch und eine Vereinheitlichung der Abläufe unterstützt werden.

Eine Revision der Verordnung über die Oel-, Gasfeuerungskontrolle der Gemeinden zur gesetzlichen Verankerung des elektronischen Datenaustausches betreffend Anlagen-, Mess- und Personendaten befindet sich in der Vernehmlassung bis Januar 2011. Der VBLG hat sich bereits positiv dazu geäußert und unterstützt die Verordnungs-Revision. Es ist eine mehrheitliche Zustimmung der Gemeinden zu erwarten.

Nun sollen Erfahrungen mit der neuen Datenbank und der sich daraus ergebenden Anpassung der Abläufe in den Gemeinden gewonnen werden.

Die Postulatsforderungen können in Bezug auf verbesserte Datenflüsse zwischen Kanton, Gemeinden und Feuerungskontrolleuren und Verzicht auf Papier-Rapport-Verkehr und Standardisierung des Datenaustausches erfüllt werden. In Bezug auf weitergehende Liberalisierung und Vereinheitlichung der Gebühren bleibt die Kompetenz bei den Gemeinden, und der Kanton wird keine Vorschriften erlassen.

**Antrag auf Abschreibung.**

## 2.3.2 Motionen

### 2.3.2.1 2008/132; Motion der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Zusätzliche Massnahmen zur Förderung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere der Photovoltaik; überwiesen am 25/09/2008

Gemäss aktuellen Informationen möchte der Motionär unter Berücksichtigung der neuesten Eidg. Rahmenbedingungen bei der Förderung der erneuerbaren Energien (KEV) sowie der jüngsten Aktivitäten der lokalen Elektrizitätsgesellschaften – z.B. EBL –, seinen parlamentarischen Vorstoss zurückziehen.

**Antrag auf Abschreibung.**

\*

*Abschreibungsanträge der BUD zu Motionen mit laufender Behandlungsfrist:*

### 2.3.2.2 2009/027; Motion von Sarah Martin vom 29. Januar 2009: TNW Nachtnetz; überwiesen am 22/04/2010

Die TNW Vollversammlung (Kantone und Transportunternehmen) hat am 5.11.2010 die Abschaffung des Nachtnetz-Zugschlags auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2011 beschlossen. Die in der Motion geforderte Regelung der Finanzierung der Mindereinnahmen wurde vom Landrat bereits am 28.05.2009 (LRV 2009/056) beschlossen. Die Motion ist somit in allen Teilen erfüllt.

**Antrag auf Abschreibung.**

### 2.3.2.3 2005/302; Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!; überwiesen am 06/04/2006 bzw. 20/05/2010

Der Regierungsrat hat am 03.07.2007 die Vorlage 2007/171 zur Beantwortung der Motion überwiesen und darin die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen zur Umsetzung aufgezeigt. Das Geschäft wurde in der Bau- und Planungskommission (BPK) an vier Sitzungen behandelt. Die regierungsrätlichen Vorschläge wurden mit 6 zu 5 Stimmen gutgeheissen und ein zusätzlicher Antrag zur Streichung des Beschwerderechts der Verbände auch im Baubewilligungsverfahren formuliert, welcher ebenfalls mit 6 zu 5 Stimmen von der BPK beschlossen wurde. An der LR-Sitzung vom 10.04.2008 wurde mit 48 zu 32 Stimmen auf die Vorlage eingetreten und einem Rückweisungsantrag der CVP/EVP-Fraktion mit 46 zu 36 Stimmen zugestimmt. Gemäss Rückweisungsantrag sollte das neue Bundesrecht abgewartet und dann die neuen einschränkenden Voraussetzungen des Bundesrechts auf kantonale Verfahren transformiert werden. Die das neue Bundesrecht beinhaltende FDP-Initiative wurde vom Schweizer Volk Ende 2008 abgewiesen, so dass es kein neues Bundesrecht gibt, an das die kantonalen Vorschriften angepasst werden könnten. Der landrätliche Auftrag ist damit unerfüllbar geworden.

**Antrag auf Abschreibung.**

## 2.4 Sicherheitsdirektion

### 2.4.1 Postulate

#### 2.4.1.1 2001/025; Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes; überwiesen am 22/02/2001

Das Baselbieter Volk hat am 7. März 2010 die eidgenössische Tierschutzanwalts-Initiative deutlich (mit 51'395 Nein zu 29'113 Ja) abgelehnt. Somit sieht eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keinen Handlungsbedarf für die Schaffung eines Tierschutzanwaltes. Ausserdem hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Tierschutzorganisationen bewährt. Aufgrund der klaren Ablehnung der eidgenössischen Tierschutzanwalts-Initiative hat der Landrat auch das Postulat betreffend Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen am 9. Sept. 2010 abgeschrieben.

**Antrag auf Abschreibung.**

#### 2.4.1.2 2005/234; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale; überwiesen am 11/05/2006

Eine regionale Verkehrsleitzentrale kann nur verwirklicht werden, wenn der Bund als Eigentümer der Nationalstrassen und Betreiber der nationalen Verkehrsmanagementzentrale VMZ-CH eine solche Zentrale in der Region Basel vorsehen würde. Die Wahrscheinlich-

keit, dass es eine solche Verkehrsleitzentrale in der Region Basel geben könnte, ist jedoch äussert gering. Ohne Verkehrsmanagementzentrale des Bundes macht die Zusammenlegung der Verkehrsleitzentralen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft keinen Sinn. Der Betrieb einer Verkehrsmanagementzentrale des Bundes in den beiden Basel ist derzeit aus Bundessicht keine Option. Daher brächte auch die Zusammenlegung der Verkehrsleitzentren von Basel-Landschaft und Basel-Stadt keinen echten Nutzen.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.4.1.3 2008/236; Postulat von Karl Willmann vom 25. September 2008: Motorfahrzeugprüfungen: Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und privaten Anbietern ist verbesserungsbedürftig!; überwiesen am 07/05/2009**

Nach dem Willen des Postulanten soll der Motorfahrzeughalter und die Motorfahrzeughalterin nach Erhalt des Aufgebots zur amtlichen Motorfahrzeugprüfung entscheiden können, ob die Prüfung durch den TCS in Füllinsdorf oder durch die MFP in Münchenstein erfolgen soll. Gemäss der geltenden Vereinbarung zwischen der MFP und dem TCS müssen sich der Motorfahrzeughalter und die Motorfahrzeughalterin vor Erhalt des amtlichen Aufgebots zur Motorfahrzeugprüfung dafür entscheiden, die Prüfung beim TCS als privater Prüfstellung durchführen zu lassen. Nach Auffassung des Postulanten benachteiligt diese Regelung den TCS als privaten Anbieter gegenüber der MFP als staatlichem Anbieter. Deshalb müsse die «staatliche Restriktion» aufgehoben werden. Die geltende Vereinbarung der MFP mit dem TCS sei in diesem Punkt korrekturbedürftig.

Wenn gemäss Postulat dem Fahrzeughalter und der Fahrzeughalterin nach Vorliegen des Aufgebots die Wahl eingeräumt werden soll, ob er oder sie die Prüfung beim TCS oder bei der MFP durchführen lassen will, müsste die Vereinbarung geändert werden, mit Zustimmung beider Vereinbarungspartner. Die Sicherheitsdirektion (SID), vertreten durch den Generalsekretär und den Leiter der Motorfahrzeugkontrolle, kontaktierte den TCS beider Basel am 23. August 2010 in dieser Angelegenheit. Gemäss den Abklärungen der SID ist die Haltung des TCS die Folgende: Die aktuelle Situation, wie die Abwicklung der amtlichen Motorfahrzeugprüfungen geregelt ist, entspricht den Vorstellungen des TCS weitestgehend. Einzig die Abgabe von Fr. 5.– pro Prüfung an die MFK Basel-Landschaft bzw. an die MFK Basel-Stadt sei diskussionswürdig. Der TCS wolle aber keine Änderung der Vereinbarung. Der Datenzugriff des TCS auf die Fahrzeug- und Halterdaten, wie vom Postulat verlangt, ist aus Gründen des Datenschutzes nicht realisierbar.

Nachdem der TCS mit der aktuellen Situation zufrieden ist und zurzeit keine Anpassung der Vereinbarung beantragen will, besteht derzeit kein Grund, die in der Vereinbarung detailliert geregelte Zusammenarbeit zwischen dem TCS und der MFP im Sinne des Postulats zu ändern. Aus diesem Grund wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.4.1.4 2008/303; Postulat von Ruedi Brassel vom 13. November 2008: Freiwillig Waffen entsorgen!; überwiesen am 07/05/2009**

Gemäss Waffengesetz ist die Polizei zuständig und verpflichtet, Waffen zur Entsorgung entgegen zu nehmen. Bürgerinnen und Bürger können deshalb schon heute von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Auch ohne einen sogenannten 'Aktionstag' zur freiwilligen Entsorgung von Waffen wurden seit 2009 auf verschiedenen Polizeiposten des Kantons Basel-Landschaft rund 700 Waffen abgegeben und durch die Polizei entsorgt bzw. vernichtet. Die Durchführung eines besonderen Aktionstags ist nicht erforderlich, da die Gelegenheit, der Polizei Waffen zur Entsorgung abzugeben, rege genutzt wird, und die Pflicht zur Entgegennahme von Waffen einem Dauerauftrag der Polizei entspricht.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.4.2 Motionen**

Keine

#### **2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion**

##### **2.5.1 Postulate**

##### **2.5.1.1 2006/250; Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler; überwiesen am 15/02/2007**

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung dieses Postulats. An den Gymnasien Laufen, Muttenz und Oberwil ist die 5 Tage-Woche umgesetzt. Am Gymnasium Liestal wird sie nach Fertigstellung der Turnhallen, voraussichtlich 2012 oder 2013, eingeführt. Am Gymnasium Münchenstein wird sie gemäss heutiger Voraussicht nach dem Erweiterungsbau ca. 2022, basierend auf der Investitionsplanung, eingeführt.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

\*

*Abschreibungsantrag der BKSD zu einem Postulat mit laufender Behandlungsfrist:*

##### **2.5.1.2 2009/190; Postulat von Kathrin Schweizer vom 25. Juni 2009: Attestlehre für Fahrradmechaniker/in und Motorradmechaniker/in; überwiesen am 25/11/2010**

Attestlehren sind zweijährige Grundbildungen nach eidgenössischem Berufsbildungsgesetz. Das BBT hat kürzlich einen Antrag nach Schaffung einer Attestlehre in der Zweiradbranche abgelehnt. Der Regierungsrat lehnt die ersatzweise Schaffung von zweijährigen Grundbildungen nach kantonalem Recht ab; zum Einen, weil unklar ist, nach welchem Lehrplan ausgebildet werden soll und welcher Ausweis an erfolgreiche Attestlernende ausgehändigt werden kann und soll, zum Zweiten, weil sich dies als Präjudiz und Einladung an andere Branchen erweisen könnte, die sich womöglich auch mit dem Wunsch nach der Schaffung einer kantonalen Attestlehre tragen. Eine solche Entwicklung

käme allerdings einer Entwertung der – eben erst flächendeckend etablierten – schweizweiten Geltung von Berufsabschlüssen gleich.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

### **2.5.2 Motionen**

Keine

-----

### **2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat**

#### **2.6.1 Postulate**

Keine

#### **2.6.2 Motionen**

Keine

\* \* \*

## **3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden**

### **3.1 Finanz- und Kirchendirektion**

#### **3.1.1 Postulate**

##### **3.1.1.1 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000**

Ein Projekt zur Einführung von Teilzeitarbeit in Kaderfunktionen hat differenzierte Empfehlungen erbracht. Sie werden auf der Grundlage des Familienberichts 2010 des Kantons aktualisiert und im Rahmen einer Landratsvorlage im 2. Halbjahr 2011 vorgelegt.

##### **3.1.1.2 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001**

Ein Konzept des Personalamts «familienergänzende Kinderbetreuung für Mitarbeitende des Kantons» liegt vor. Das Projekt wurde aus finanziellen Gründen zunächst zurückgestellt. Zudem ist es abhängig vom Kantonalen Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (Vorlage 2009/313), welches vom Landrat noch nicht behandelt worden ist.

##### **3.1.1.3 2002/127; Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002**

Ein Konzept des Personalamts «familienergänzende Kinderbetreuung für Mitarbeitende des Kantons» liegt vor. Das Projekt wurde aus finanziellen Gründen zunächst zurückgestellt. Zudem ist es abhängig vom Kantonalen Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (Vorlage 2009/313), welches vom Landrat noch nicht behandelt worden ist.

##### **3.1.1.4 2003/080; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 19/06/2003**

Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat Vorschläge zur Ausfinanzierung der BLPK und mögliche Beitragsprimatspläne ausgearbeitet. Die jüngst verabschiedeten Bundesgesetzbestimmungen, welche u.a. eine Anpassung der Organisation der BLPK und eine verstärkte Trennung der Verantwortlichkeiten von Parlament und Vorsorgewerk zur Folge haben, sollen ebenfalls umgesetzt werden. Die entsprechenden Vorlagen sollen zeitgleich und abgestimmt auf die revidierte Bundesgesetzgebung vorgelegt werden. Die Inkraftsetzung ist geplant auf den 1. Januar 2013.

##### **3.1.1.5 2003/112; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003**

Bleibt gemäss Landratsbeschluss vom 3. Februar 2005 (LRV 2004/292) bestehen, bis sich auf Bundesebene eine Lösung ergibt. Im Sommer 2010 wurde vom eidgenössischen Finanzdepartement ein Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten durchgeführt. Die entsprechende Botschaft wurde vom Bundesrat noch nicht verabschiedet.

##### **3.1.1.6 2003/312; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes; überwiesen am 27/05/2004**

Wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes beschrieben. Der Regierungsrat hat die Landratsvorlage am 16. November 2010 zu Handen der Vernehmlassung verabschiedet.

##### **3.1.1.7 2005/058; Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005**

Der Bundesrat befasste sich im 2009 mit der gesamtschweizerischen Erdbebenversicherung, nahm aber inhaltlich nicht Stellung. Er legte den Projektbeteiligten eine Überarbeitung des Produktes nahe, damit es eine breitere Akzeptanz finden kann. Der Bewertung des Bundesrates entsprechend wird nun das Erdbebenversicherungsprodukt optimiert. Eine Versicherung des Erdbebenrisikos ist eindeutig wünschbar und es soll eine ausgewogene und langfristig tragfähige Lösung gefunden werden. Solange die Konsensfindung zwischen den Beteiligten auf technischer Ebene verläuft, d.h. das Erdbebenversicherungsprodukt ausgearbeitet wird, besteht auf politischer Ebene kein Handlungsbedarf.

##### **3.1.1.8 2005/127; Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge; überwiesen am 27/04/2006**

Wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes beschrieben. Der Regierungsrat hat die Landratsvorlage am 16. November 2010 zu Handen der Vernehmlassung verabschiedet.

**3.1.1.9 2006/016; Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung; überwiesen am 11/05/2006**

Die Mitarbeitendenbefragung bei den Angestellten der kantonalen Verwaltung wurde abgeschlossen. Die Regierung hat die Auswertung zur Kenntnis genommen und die weiteren Massnahmen verabschiedet. Die Mitarbeitendenbefragung bei den Lehrpersonen wurde Ende 2010 durchgeführt. Deren Resultate sollen im ersten Halbjahr 2011 vorgestellt werden. Anschliessend kann das Postulat beantwortet werden.

**3.1.1.10 2005/317; Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!; überwiesen am 11/05/2006**

Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat Vorschläge zur Ausfinanzierung der BLPK und mögliche Beitragsprimatspläne ausgearbeitet. Die jüngst verabschiedeten Bundesgesetzbestimmungen, welche u.a. eine Anpassung der Organisation der BLPK und eine verstärkte Trennung der Verantwortlichkeiten von Parlament und Vorsorgewerk zur Folge haben, sollen ebenfalls umgesetzt werden. Die entsprechenden Vorlagen sollen zeitgleich und abgestimmt auf die revidierte Bundesgesetzgebung vorgelegt werden. Die Inkraftsetzung ist geplant auf den 1. Januar 2013.

**3.1.1.11 2005/114; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006**

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespiesen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist frühestens Ende 2011 der Fall, spätestens Ende 2016.

**3.1.1.12 2006/097; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton; überwiesen am 01/02/2007**

Die genaue Terminierung dieses Vorstosses ist infolge der derzeit laufenden Neubesetzung der Personalamtleitung noch unklar. Für die Erledigung dieser wichtigen und grundlegenden Aufgabe soll der neuen Personalamtleitung ausreichend Zeit gewährt werden. Sie wird aber prioritär in Angriff genommen.

**3.1.1.13 2006/226; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!; überwiesen am 15/02/2007**

Am 13. Januar 2011 ist die formulierte Verfassungsinitiative der FDP «Einfachere Steuern im Baselbiet» im Landrat zur Beratung traktandiert. Am 15. Mai 2011

wird voraussichtlich darüber abgestimmt werden. Anschliessend ist das weitere Vorgehen festzulegen.

**3.1.1.14 2006/320; Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 19/04/2007**

Im Rahmen der Landratsvorlage 2009-159 zum Beteiligungsmanagement wurde das Postulat stehen gelassen (Landratssitzung vom 28. Januar 2010). Der Regierungsrat wird im 2011 eine Landratsvorlage verabschieden.

**3.1.1.15 2007/069; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"; überwiesen am 18/10/2007**

Wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes beschrieben. Der Regierungsrat hat die Landratsvorlage am 16. November 2010 zu Händen der Vernehmlassung verabschiedet.

**3.1.1.16 2007/193; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 6. September 2007: Höherer Kinderabzug bei Selbstbetreuung der eigenen Kinder; überwiesen am 13/03/2008**

Das Postulat hätte im 2. Semester 2010 erledigt werden sollen. Die Erledigung verschiebt sich aus Kapazitätsgründen ins 1. Semester 2011. Ein Bundesgerichtsentscheid vom 3. März 2010 hat die Unzulässigkeit des Abzugs bestätigt.

**3.1.1.17 2007/158; Postulat von Heinz Aebi vom 21. Juni 2007: Mehr direkte Demokratie in den Gemeinden!; überwiesen am 13/03/2008**

Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Gemeindegesetzes behandelt, die bis am 31.10.2010 in Vernehmlassung war und dem Landrat im Februar 2011 überwiesen werden wird.

**3.1.1.18 2007/165; Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2007: Steuerrabatt bei Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts; überwiesen am 13/03/2008**

Der Bericht befindet sich bis 21. Januar 2011 im internen Mitberichtsverfahren. Im 1. Quartal 2011 wird er vom Regierungsrat verabschiedet werden.

**3.1.1.19 2007/159; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung; überwiesen am 13/03/2008**

Der Vorstoss wurde mit der Vorlage zum Finanzhaushaltsgesetz (2009/081) nicht abgeschrieben (Landratssitzung vom 25. Juni 2009). Das Thema des Postulats wird in die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes einfließen. Diese Arbeiten werden im 2011 in Angriff genommen (Ziel: Inkraftsetzung 2013).

**3.1.1.20 2007/205; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts; überwiesen am 22/05/2008**

Der Regierungsrat verabschiedet den Bericht voraussichtlich im 1. Semester 2011.



**3.1.1.21 2007/284; Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen; überwiesen am 22/05/2008**

Der Vorstoss wird zusammen mit der Totalrevision der Ruhegehaltsordnung für Mitglieder des Regierungsrates bearbeitet, die voraussichtlich Mitte 2011 an den Landrat verabschiedet werden kann.

**3.1.1.22 2007/314; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung; überwiesen am 22/05/2008**

Der Regierungsrat wird im 2011 eine Landratsvorlage zu diesem Postulat überweisen.

**3.1.1.23 2008/314; Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer; überwiesen am 27/11/2008**

Die Erledigung des Postulats hat sich aus Kapazitätsgründen ins 1. Semester 2011 verschoben.

**3.1.1.24 2008/205; Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung; überwiesen am 11/12/2008**

Der Regierungsrat wird voraussichtlich im 2011 eine Vorlage zu diesem Thema überweisen.

**3.1.1.25 2008/221; Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen; überwiesen am 11/12/2008**

Das Anliegen des Postulats wird im 1. Semester 2011 bearbeitet.

**3.1.1.26 2008/330; Postulat der SVP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Massnahmenpaket und Verzichtsplanung zur Bewältigung der Finanzkrise; überwiesen am 26/03/2009**

Wird mit der Landratsvorlage zum Entlastungspaket 2012/2015 abgeschrieben.

**3.1.1.27 2008/288; Postulat der FDP-Fraktion vom 30. Oktober 2008: Aenderung des Budgetprozesses; überwiesen am 07/05/2009**

Das Postulat wird mit der Vorlage zur Jahresplanung 2012 behandelt (nach Implementierung des neuen Planungsprozesses).

**3.1.1.28 2008/208; Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Förderung von Alterswohngenossenschaften; überwiesen am 07/05/2009**

Das Postulat konnte aus Kapazitätsgründen noch nicht erledigt werden. Es ist geplant, den Bericht im 1. Semester 2011 zu verabschieden.

**3.1.1.29 2009/045; Postulat von Hanspeter Frey vom 19. Februar 2009: Euroairport; überwiesen am 07/05/2009**

Die Machbarkeitstudie zur Verlängerung der Ost-West-Piste wird dem Kanton in Kürze zugestellt. Die Regierung prüft anschliessend die Postulatsantwort.

**3.1.1.30 2008/291; Postulat von Simon Trinkler vom 30. Oktober 2008: CO<sub>2</sub>-Kompensation als Teil der Motorfahrzeugsteuer; überwiesen am 28/05/2009**

Wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes abgeschrieben. Der Regierungsrat hat die Landratsvorlage am 16. November 2010 zu Händen der Vernehmlassung verabschiedet.

**3.1.1.31 2009/091; Postulat von Karl Willmann vom 26. März 2009: Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 15/10/2009**

Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat Vorschläge zur Ausfinanzierung der BLPK und mögliche Beitragsprimatspläne ausgearbeitet. Die jüngst verabschiedeten Bundesgesetzbestimmungen, welche u.a. eine Anpassung der Organisation der BLPK und eine verstärkte Trennung der Verantwortlichkeiten von Parlament und Vorsorgewerk zur Folge haben, sollen ebenfalls umgesetzt werden. Die entsprechenden Vorlagen sollen zeitgleich und abgestimmt auf die revidierte Bundesgesetzgebung vorgelegt werden. Die Inkraftsetzung ist geplant auf den 1. Januar 2013.

### 3.1.2 Motionen

**3.1.2.1 2006/007; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; überwiesen am 11/05/2006**

Das Thema der Motion wird in die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes einfließen. Diese Arbeiten werden im 2011 in Angriff genommen (Ziel: Inkraftsetzung 2013).

**3.1.2.2 2007/270; Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich; überwiesen am 13/03/2008**

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden. Der Regierungsrat wird im Frühling eine Aufgabenverzichtsplanung verabschieden, um den Baselbieter Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Frühestens dann kann auch über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

**3.1.2.3 2007/313; Motion von Dominik Straumann vom 13. Dezember 2007: Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission; überwiesen am 22/05/2008**

Der Vorstoss wird im Rahmen der Teilrevision des Gemeindegesetzes abgehandelt, die bis am 31.10.2010 in Vernehmlassung gewesen ist und im Februar 2011 dem Landrat überwiesen werden wird.

**3.1.2.4 2008/204; Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten – Die Steuersätze für hohe Einkommen senken; überwiesen am 11/12/2008**

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden. Der Regierungsrat wird im Frühling eine Aufgabenverzichtsplanung verabschie-

den, um den Baselbieter Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Frühestens dann kann auch über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

-----

### 3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

#### 3.2.1 Postulate

##### 3.2.1.1 2005/224; Postulat von Karl Willimann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald; überwiesen am 08/06/2006

Die Vorlage konnte aufgrund des ausserordentlich hohen Arbeitsanfalles nicht im Jahre 2010 erstellt werden. Sie ist in Arbeit, und die Planung sieht vor, die Vorlage im 1. Quartal 2011 an den Landrat zu überweisen.

##### 3.2.1.2 2007/203; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft; überwiesen am 05/06/2008

In der Sitzung des Landrats vom 14. Oktober 2010 wurde der Regierungsrat im Zusammenhang mit der Debatte über die Vorlage 2010/228 vom 1. Juni 2010 betreffend die Organisatorische Zusammenlegung des Kantonsspitals Laufen mit dem Kantonsspital Bruderholz beauftragt, eine Vorlage für die Verselbständigung der Spitäler und der kantonalen Psychiatrischen Dienste als öffentlich-rechtliche Anstalten auszuarbeiten.

##### 3.2.1.3 2007/287 Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten/Notbetten für Betagte; überwiesen am 16/10/2008

Aufgrund des zurzeit unabdingbaren Fokus auf der Spitalplanung 2012 musste die Erstellung des Berichtes zur Altersversorgung zurückgestellt werden. Der Bericht ist neu auf das 4. Quartal 2011 terminiert.

##### 3.2.1.4 2008/235; Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen; überwiesen am 07/05/2009

Die Vorlage wird im 3. Quartal 2011 an den Landrat überwiesen.

##### 3.2.1.5 2009/339; Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 26. November 2009: Universitäre Akutgeriatrie; überwiesen am 26/11/2009

Die Fragestellung wird im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben «Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation (ZAR)» am Standort Bruderholz geprüft.

#### 3.2.2 Motionen

##### 3.2.2.1 2006/265; Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter; überwiesen am 19/04/2007

Das Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter (GeBPA) ist auf den 1. Januar 2006 in Kraft getreten. Gemäss § 3 Absatz 1 des Gesetzes nimmt der Kanton in der Betreuung und Pflege im Alter eine beratende und koordinierende Aufgabe wahr, und er arbeitet nach Absatz 2 mit den Gemeinden und privaten Organisationen zusammen. Mit dem Projekt 64+ nimmt der Kanton seine beratenden und koordinierenden Aufgaben wahr und arbeitet mit den Gemeinden und den verschiedenen Verbänden und Institutionen an der Entwicklung von gemeindeübergreifenden Netzwerken. Im Generalsekretariat der VGD wurden die für diese Aufgabe notwendigen personellen Voraussetzungen geschaffen. Aufgrund des zurzeit unabdingbaren Fokus auf der Spitalplanung 2012 musste die Erstellung des Berichtes zur Altersversorgung zurückgestellt werden. Der Bericht ist neu auf das 4. Quartal 2011 terminiert. Die detaillierte Berichterstattung zur Motion wird im Rahmen dieses Berichtes stattfinden.

##### 3.2.2.2 2007/064; Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 18/10/2007

Aufgrund des zurzeit unabdingbaren Fokus auf der Spitalplanung 2012 musste die Erstellung des Berichtes zur Altersversorgung zurückgestellt werden. Der Bericht ist neu auf das 4. Quartal 2011 terminiert.

-----

### 3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

#### 3.3.1 Postulate

##### 3.3.1.1 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Die geforderte Tramführung kann nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgen. Ein erster Versuch einer «Reform des Tramnetzes» scheiterte 2009. Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags betraut. Ob und in welcher Form die geforderte Trambindung zum Bahnhof Basel SBB erfolgt, kann noch nicht gesagt werden. Die neu eingerichtete Buslinie 48 (vorläufig anstelle eines Trams) erfreut sich grosser Beliebtheit und wird von der Allschwiler Bevölkerung rege in Anspruch genommen. Beantwortung voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.2 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994**

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Diese konnte 2010 nicht abgeschlossen werden, da die bundesseitigen Vorgaben laufend grossen Veränderungen unterworfen waren. Die Erarbeitung der Vorlage ist unterdessen trotzdem weit fortgeschritten und sie wird möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt. Beantwortung voraussichtlich auch erst in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.3 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998**

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Diese konnte 2010 nicht abgeschlossen werden, da die bundesseitigen Vorgaben laufend grossen Veränderungen unterworfen waren. Die Erarbeitung der Vorlage ist unterdessen trotzdem weit fortgeschritten und sie wird möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt. Beantwortung voraussichtlich auch erst in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.4 2001/114; Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; überwiesen am 31/05/2001**

Als Grundlage für eine allfällige Revision auf kantonaler Ebene mussten die Ergebnisse der im 2009/2010 angelaufenen und erfolgten Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) abgewartet werden. Da das Thema der verkehrs- und publikumsintensiven Einrichtungen anders als angekündigt nun nicht in die Revision des Raumplanungsgesetzes des Bundes, wie sie zur Zeit im Parlament diskutiert wird, aufgenommen worden ist, kann das Thema jetzt unabhängig durch den Kanton erarbeitet werden. Beantwortung im ersten Semester 2011.

**3.3.1.5 2003/194; Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); überwiesen am 22/01/2004**

Die geforderte Tramführung kann nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgen. Ein erster Versuch einer «Reform des Tramnetzes» scheiterte 2009. Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags betraut. Ob und in welcher Form die geforderte Trambindung zum Bahnhof Basel SBB erfolgt, kann noch nicht gesagt werden. Die neu eingerichtete Buslinie 48 (vorläufig anstelle eines Trams) erfreut sich grosser Beliebtheit und wird von der Allschwiler Bevölkerung gerne in Anspruch genommen. Beantwortung voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.6 2005/063; Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS; überwiesen am 12/05/2005**

Ein gemeinsamer Bericht mit dem Kanton Basel-Stadt ist derzeit in Arbeit und wird voraussichtlich im Febru-

ar 2011 im Lenkungsausschuss partnerschaftliche Geschäfte behandelt. Erst danach kann eine Landratsvorlage erarbeitet werden.

**3.3.1.7 2005/064; Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel; überwiesen am 12/05/2005**

Ein gemeinsamer Bericht mit dem Kanton Basel-Stadt ist derzeit in Arbeit und wird voraussichtlich im Februar 2011 im Lenkungsausschuss partnerschaftliche Geschäfte behandelt. Erst danach kann eine Landratsvorlage erarbeitet werden.

**3.3.1.8 2005/101; Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; überwiesen am 26/01/2006**

Die Abklärungen für eine vertiefte grenzüberschreitende Kooperation der Tarifverbände sind seit 2009 im Gang und werden 2011 abgeschlossen. Die Zwischenergebnisse wurden am 5. 11.2010 dem Regierungsrat vorgestellt. Beantwortung voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.9 2005/045; Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck; überwiesen am 26/01/2006**

Die Vorlage musste aufgrund der Komplexität der Materie 2010 nochmals überarbeitet werden und befindet sich derzeit im Mitberichtsverfahren. Beantwortung voraussichtlich im ersten Quartal 2011.

**3.3.1.10 2007/065; Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung; überwiesen am 01/11/2007**

Eine Arbeitsgruppe der Gemeinden erarbeitet zur Zeit eine neue Musterkonzession für die Gemeinden. Diese Arbeiten stehen kurz vor dem Abschluss. Die Ergebnisse sollen in die Postulatsbeantwortung einfließen. Eine Landratsvorlage wird voraussichtlich im Frühjahr 2011 vorliegen.

**3.3.1.11 2007/088; Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard; überwiesen am 29/11/2007**

Die Umsetzung der Anliegen wird im Rahmen der Baukreditvorlage Kantonsspital Bruderholz, Sanierung und Erweiterung erfolgen und dort in konkreten Schritten dargelegt. Die Baukreditvorlage war für das 1. Semester 2011 geplant. Unter der operativen Leitung des Hochbauamts wurde im Sommer 2010 das Vorprojekt abgeschlossen. Im September 2010 hat der Steuerungsausschuss eine generelle Bedarfsüberprüfung beschlossen. Die Federführung der Überprüfung liegt im Zuständigkeitsbereich der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion. Eine Überarbeitung oder sogar massive Redimensionierung des Vorprojekts ist nicht ausgeschlossen. Bis die Resultate vorliegen, kann das Projekt nicht weiter bearbeitet werden. Der neue Zeitpunkt der Baukreditvorlage ist frühestens Ende 2011.

**3.3.1.12 2006/317; Postulat von Eugen Tanner vom 13. Dezember 2006: Klare Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben; überwiesen am 10/01/2008**

Die Beantwortung steht in engem Zusammenhang mit dem im Jahr 2010 eingeleiteten «Prozess Raumbegehren und Investitionsvorhaben» (Arbeitsgruppe BUD/AWF und FKD). Auch zeichnete sich im Herbst 2010 ab, dass mit den vorzunehmenden Entlastungsmassnahmen für das Budget 2012ff noch weiterreichende Veränderungen betreffend den Verantwortlichkeiten für Bauvorhaben und Raumkosten einzuleiten sind. Die Schlüsse aus diesen laufenden Prozessen werden in die Beantwortung integriert und bis Ende 1. Quartal 2011 vorgelegt.

**3.3.1.13 2007/049; Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren; überwiesen am 24/01/2008**

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Diese konnte 2010 nicht abgeschlossen werden, da die bundesseitigen Vorgaben laufend grossen Veränderungen unterworfen waren. Die Erarbeitung der Vorlage ist unterdessen trotzdem weit fortgeschritten und sie wird möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt. Beantwortung voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.14 2007/233; Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch; überwiesen am 24/04/2008**

Die geforderte Änderung der Anschlüsse kann nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgen. Ein erster Versuch einer «Reform des Tramnetzes» scheiterte 2009. Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags betraut. Ob und in welcher Form die geforderten Anschlüsse zum Bahnhof Basel SBB realisiert werden, kann noch nicht abschliessend beurteilt werden. Die neu eingerichtete Buslinie 48 erfreut sich grosser Beliebtheit und wird von der Allschwiler Bevölkerung rege in Anspruch genommen. Beantwortung voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.15 2007/115; Postulat von Hanni Huggel vom 10. Mai 2007: Mit dem OeV ins römische Theater in Augusta Raurica; überwiesen am 24/04/2008**

Die entsprechende Vorlage wurde erstellt und befindet sich im Mitberichtsverfahren. Beantwortung im ersten Quartal 2011.

**3.3.1.16 2007/249; Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030; überwiesen am 24/04/2008**

Dieser Vorstoss wird gemeinsam mit dem Masterplan Verkehr weiterbearbeitet. Beantwortung des Postulates voraussichtlich in der 2. Hälfte 2011.

**3.3.1.17 2007/166; Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund; überwiesen am 24/04/2008**

Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des TNW gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt. Ergebnisse sind nicht vor 2012 zu erwarten.

**3.3.1.18 2007/254; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach; überwiesen am 22/05/2008**

Für den ganzen Kanton wurde eine Schwachstellenanalyse in Auftrag gegeben. Dabei werden insbesondere punktuelle Schwachstellen des bestehenden kant. Radroutennetzes überprüft als auch vereinzelt als Netz (andere Linienführung der Radroute). Die Veloverbindung Reinach-Arlesheim/Dornach bzw. der speziell im Postulat angesprochene Knoten Dornachbrugg wird ebenfalls in diesem Rahmen behandelt. Die Ergebnisse liegen nun pro Gemeinde vor. Nun müssen die Schlussfolgerungen und notwendigen Massnahmen ermittelt werden, was im 2011 erfolgen wird. Eine aussagekräftige, konkrete Beantwortung als eigene LRV ist auf Ende 2011 vorgesehen.

**3.3.1.19 2008/172; Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust; überwiesen am 16/10/2008**

Der Vorstoss setzt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes voraus. Dementsprechend ist eine Teilrevision des EnG gestartet worden. Das teilrevidierte Energiegesetz wird voraussichtlich per 1.1.2013 in Kraft gesetzt werden.

**3.3.1.20 2008/028; Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring/Allschwil; überwiesen am 13/11/2008**

Im Rahmen der weiteren Arbeiten zum Basler Innentunnel (Herzstück) wird auch der Ausbau der Elsässerbahn vertieft geprüft. Im 2011 werden die Untersuchungen bezüglich der technischen Machbarkeit der Haltestelle Morgartenring durchgeführt. Allerdings kann diese Haltestelle auch bei einem positiven Bescheid zur technischen Umsetzung ihre Wirkung erst entfalten, wenn eine Einbindung der Strecke Mulhouse – Basel in die Regio-S-Bahn erfolgt ist. Dazu müssen sowohl ein gemeinsames Betriebskonzept entwickelt als auch entsprechende Fahrzeuge beschafft werden. Beantwortung voraussichtlich im ersten Quartal 2012.

**3.3.1.21 2008/278; Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen; überwiesen am 14/05/2009**

Der Vorstoss setzt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes voraus. Dementsprechend ist eine Teilrevision des EnG gestartet worden. Das teilrevidierte Energiegesetz wird voraussichtlich per 1.1.2013 in Kraft gesetzt.

**3.3.1.22 2008/280; Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen; überwiesen am 28/05/2009**

Der Vorstoss setzt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes voraus. Dementsprechend ist eine Teilrevision des EnG gestartet worden. Das teilrevidierte Energiegesetz wird voraussichtlich per 1.1.2013 in Kraft gesetzt.

**3.3.1.23 2008/304; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital; überwiesen am 28/05/2009**

Der Vorstoss wird im Zusammenhang mit einem möglichen Neubau des Bruderholzspitals behandelt.

**3.3.1.24 2008/254; Postulat von Dieter Schenk vom 16. Oktober 2008: Delegation des kleinen Baubewilligungsverfahrens an eine Verwaltungsstelle; überwiesen am 10/09/2009**

Für die Umsetzung des Postulats ist jetzt doch eine Änderung der Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz im Sinne des Postulates notwendig. Die Verordnungsänderung ist in Bearbeitung und wird noch im 1. Quartal 2011 vorgelegt.

**3.3.1.25 2008/331; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt; überwiesen am 29/10/2009**

Das modifizierte Postulat wird ebenfalls im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental – Birseck – Allschwil (ELBA) bearbeitet.

### 3.3.2 Motionen

**3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999**

Im März 2010 haben die SBB und das Bundesamt für Verkehr die Eckwerte für den zukünftigen Ausbau des Eisenbahnnetzes vorgestellt (Bahn 2030). Ein dritter Juradurchstich (Wisenberg) ist weiterhin nicht vorgesehen. Die Nordwestschweizer Kantone haben umgehend interveniert. Es zeichnet sich ab, dass die definitive Vorlage zu «Bahn 2030» in redimensioniertem Umfang 2011 vorgestellt wird. Weder der Bau noch die Projektierung des dritten Juradurchstichs sind gegenwärtig absehbar. Die Punkte 1, 2 und 4 der Motion sind trotzdem bereits erfüllt (Lobbying und Lärmschutz). Voraussichtliche Berarbeitung Ende 2011.

**3.3.2.2 2007/198; Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 01/11/2007**

Die Motion ist inhaltlich eng verwandt mit der Motion 2007/248 von Hannes Schweizer (s.u.). Sie wird deshalb zeit- und inhaltparallel zu dieser bearbeitet. Abschluss voraussichtlich Ende 2011.

**3.3.2.3 2007/226; Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie/Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben; überwiesen am 01/11/2007**

Der Vorstoss setzt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes voraus. Dementsprechend ist eine Teilrevision des EnG gestartet worden. Das teilrevidierte Energiegesetz wird voraussichtlich per 1.1.2013 in Kraft gesetzt.

**3.3.2.4 2006/246; Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!; überwiesen am 01/11/2007**

Es müssen die Ergebnisse aus dem derzeit laufenden Test für die Praxistauglichkeit einer Methodik für die Eingliederung und Zulässigkeit von Solaranlagen in Abhängigkeit der Ortsbildpflegerischen Bedeutung abgewartet werden. Eine Landratsvorlage wird voraussichtlich im Frühjahr 2011 erneut vorgelegt.

**3.3.2.5 2007/063; Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern; überwiesen am 01/11/2007**

Es müssen die Ergebnisse aus dem derzeit laufenden Test für die Praxistauglichkeit einer Methodik für die Eingliederung und Zulässigkeit von Solaranlagen in Abhängigkeit der Ortsbildpflegerischen Bedeutung abgewartet werden. Eine Landratsvorlage wird voraussichtlich im Frühjahr 2011 erneut vorgelegt.

**3.3.2.6 2007/194; Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsleichen; überwiesen am 15/11/2007**

Das Anliegen wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental – Birseck – Allschwil (ELBA) sowie als Einzelprojekt (Vollanschluss Aesch Nord, Taktverdichtung Tramlinie 10/17, der Neubaustrecke Tram Margarethenstich) bearbeitet.

**3.3.2.7 2007/248; Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!; überwiesen am 22/05/2008**

Im Jahre 2010 wurde das technisch-wirtschaftliche Potenzial für Windkraftanlagen (WKA's) im Kanton BL flächendeckend eruiert. Derzeit werden diese potenziellen WKA-Standorte hinsichtlich ihrer Landschaftsverträglichkeit überprüft. Zusammen mit den Landschaftsorganisationen soll eine Palette geeigneter WKA-Standorte selektiert werden. Es ist vorgesehen, diese Standorte in den kantonalen Richtplan zu überführen. Abschluss voraussichtlich Ende 2011.

**3.3.2.8 2008/106; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 13/11/2008**

Bereits sind umfassende Untersuchungen zu möglichen Ausgestaltungen eines Masterplans sowie zum Planungssystem Basel-Landschaft durchgeführt worden. Erste Resultate wurden der landrätlichen Bau- und Planungskommission am 26.08.2010 vorgestellt. Eine Landratsvorlage auf dieser Basis ist in Vorbereitung und liegt voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2011 vor.

### 3.4 Sicherheitsdirektion

#### 3.4.1 Postulate

##### **3.4.1.1 2003/019; Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizei-präsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unse-res Kantons; überwiesen am 27/11/2003**

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat im 1. Quar-tal 2011 den von Kantonsparlament verlangten Evalua-tionsbericht betreffend Umsetzung der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung zur Kenntnis-nahme. Sobald sich der Landrat mit diesem Geschäft befasst hat, kann auch das Postulat der FDP, welches in der Vorlage an den Landrat betreffend die Optimie-rung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung und Neueinmietung in der Liegenschaft Schorenweg 10, Arlesheim (2008/177) beantwortet wurde, abgeschrie-ben werden.

##### **3.4.1.2 2005/232; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motor-fahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel; überwiesen am 16/02/2006**

Im Auftrag der beiden Kantonsregierungen von Bas-el-Landschaft und Basel-Stadt prüft die paritätische Betriebskommission der Motorfahrzeugprüfstation bei-der Basel zur Zeit, ob und in welcher Form ausschliess-lich für das Garagengewerbe administrative Dienst-leistungen (Motorfahrzeugkontrollen) in der MFP beider Basel in Münchenstein angeboten werden können. Eine solche Möglichkeit setzt allerdings die dazu er-forderliche räumliche Infrastruktur voraus. Ob eine sol-che bereit gestellt werden kann und welche finanziellen Auswirkungen damit verbunden wären, steht derzeit noch nicht fest. Der Regierungsrat wird die Postulats-antwort vorlegen können, sobald die Abklärungen ab-geschlossen sind. In Basel-Stadt ist in der gleichen Sache ebenfalls ein parlamentarischer Vorstoss pen-dent. Die Beantwortung der beiden Vorstösse soll im 1. Semester 2011 in beiden Kantonen koordiniert erfol-gen.

##### **3.4.1.3 2006/049; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirek-tion; überwiesen am 18/05/2006**

Die Grundlagen zu diesem sehr vielschichtigen Ge-schäft werden zur Zeit noch erarbeitet. Die Vorlage zur Postulatsbeantwortung wird dem Landrat im Verlauf des 2. Semesters dieses Jahres unterbreitet werden.

##### **3.4.1.4 2006/017; Postulat von Madeleine Gösch-ke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; überwiesen am 18/05/2006**

Die Vorlage mit der Beantwortung des Postulats wird dem Landrat im Verlaufe dieses Jahres unterbreitet. Die Erarbeitung der Vorlage benötigt mehr Zeit als er-wartet.

##### **3.4.1.5 2006/151; Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgän-gerstreifen Neuhof; überwiesen am 08/06/2006**

Die Zufahrt zur Abwasserreinigungsanlage an der Kan-tonsstrasse südlich des Neuhofs soll mit einer Bahnsi-cherungsanlage versehen werden und von dort neu auch die Erschliessung des westlich der Kantonsstras-se gelegenen Hofes erfolgen. Aufgrund der mündlichen Anfrage von Daniela Gaugler orientierte der Regie-rungsrat den Landrat an der Sitzung vom 29. Okto-ber 2009 über den seinerzeitigen Stand dieser Pla-nung. Zwischenzeitlich ist ein Bauprojekt erstellt wor-den. Dessen Ausfertigung hat etwas länger als üblich gedauert, da mit den betroffenen Grundeigentümern sowie Benützern des Übergangs entsprechende Kon-senslösungen (Landerwerb, Bahnübergang mit Barriere, Lichtsignalgeregeltes Einmünden in die Kantons-strasse, Reduktion Höchstgeschwindigkeit, Querungshilfe für Fussgänger) gesucht wurden. Das Bauprojekt befindet sich derzeit bei den zuständigen kantonalen Fachstellen in Zirkulation. Anschliessend werden das eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren und die öffentliche Planaufgabe erfolgen. Die Finanzierung basiert auf dem landrätlichen Verpflichtungskredit für die Optimierung der Tram-/Bahnübergänge. Zur Siche-rung der Ein- und Ausfahrten wurden bereits 2004 zu-gunsten beider Landgüter Massnahmen getroffen. Die Realisierung des Projekts 'Bahnübergang Neuhofstras-se' ist im Jahre 2013 vorgesehen.

##### **3.4.1.6 2006/171; Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Verein-barung BL/BS muss verbessert werden!; überwie-sen am 25/09/2008**

Zurzeit wird evaluiert, welche Teile und Bestimmungen der Vereinbarung zwischen Basel-Landschaft und Bas-el-Stadt betreffend die MFP zu erneuern sind. Diese Arbeiten werden sowohl auf baselstädtischer Seite als auch auf basellandschaftlicher Seite parallel vorgenom-men. Der gemeinsame Bericht wird zurzeit fertig ge-stellt und anschliessend den beiden Kantonsregierun-gen zur Beschlussfassung über das weitere Vorgehen vorgelegt. Anschliessend kann der Regierungsrat auch das Postulat P. Schäfli beantworten.

##### **3.4.1.7 2008/012; Postulat von Elisabeth Schnei-der vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeinde-polizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei; überwiesen am 30/10/2008**

Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Poli-zeigesetzes behandelt. Kernpunkt dieser Gesetzesrevi-sion bildet die Aufgabenteilung zwischen den Gemein-den und dem Kanton im Polizeibereich. Dazu gehört auch die Frage der Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei. Im Jahr 2010 wurde in einer Arbeitsgruppe mit Vertretungen des Kan-ton und der Gemeinden intensiv an dieser Vorlage gearbeitet. Im laufenden Jahr wird voraussichtlich das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden kön-nen und anschliessend wird das Geschäft dem Landrat unterbreitet werden können.

**3.4.1.8 2008/155; Postulat von Daniel Mürger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz; überwiesen am 27/11/2008**

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Semester 2011 nach Vorliegen des Familienberichts überwiesen werden können.

**3.4.1.9 2008/255; Postulat von Esther Maag vom 16. Oktober 2008: Schappo - für beide Basell; überwiesen am 12/03/2009**

Die Vorlage befindet sich im Mitberichtsverfahren bei den Direktionen. Sie wird dem Landrat im Verlaufe des 1. Quartal 2011 überwiesen.

**3.4.2 Motionen**

**3.4.2.1 2005/160; Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes; überwiesen am 01/12/2005**

Die Vorlage betreffend Teilrevision des Landratsgesetzes kann erst bearbeitet werden, wenn der Landrat den Bericht der Spezialkommission betr. Parlamentsreform behandelt haben wird.

**3.4.2.2 2006/311; Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen; überwiesen am 19/04/2007**

Die Motion wird in der Teilrevision des Landratsgesetzes behandelt, sobald der Landrat den Bericht der Spezialkommission Parlamentsreform behandelt hat.

**3.4.2.3 2007/111; Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt; überwiesen am 18/10/2007**

Die Vorlage wird dem Landrat im ersten Semester 2011 überwiesen. Zur Zeit läuft das Vernehmlassungsverfahren.

-----

**3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion**

**3.5.1 Postulate**

**3.5.1.1 2002/283; Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003**

Das Postulat wird inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2008-2011, 6.05.03). Der Bericht der Projektgruppe wird Anfang 2011 in ein Konsultationsverfahren gegeben. Im Bericht ist der Vorschlag enthalten, das Angebot der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe zu verbessern, insbesondere die sozialpädagogische Familienbegleitung. Dabei sollen Zugang und Finanzierung gleichartig wie bei den stationären Angeboten geregelt sein. Das Postulat soll bis zum

Vorliegen von Ergebnissen zur weiteren Behandlung dieses Anliegens stehen bleiben.

**3.5.1.2 2004/245; Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04); überwiesen am 25/11/2004**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.3 2005/146; Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.4 2005/144; Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.5 2005/271; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.6 2005/182; Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz; überwiesen am 18/05/2006**

Der Regierungsrat plant im Auftrag des Landrats (Motion 2009/320) ein Kulturleitbild für den Kanton Basel-Landschaft. Der Erarbeitungsprozess soll bis im Herbst 2011 abgeschlossen sein. Der Vorstoss wird mit der Neuauflage der Vorlage zum Kulturleitbild/Kulturgesetz zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.7 2006/153; Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences; überwiesen am 19/10/2006**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.8 2006/101; Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.9 2006/251; Postulat von Madeleine Gösche vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lehrkräften; überwiesen am 15/02/2007**

Aufgrund der aktuell verfügbaren Datenlage kann derzeit keine verlässliche Aussage gemacht werden. Per Ende Schuljahr 2011/12 sollten erste repräsentative Auswertungen vorgestellt werden. Dem Landrat wird im 2. Semester 2012 zum Postulat berichtet und der Vorstoss zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.10 2006/227; Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet; überwiesen am 15/02/2007**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.11 2006/155; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen; überwiesen am 22/03/2007**

Die Zuteilung zu Psychomotoriktherapien erfolgt gemäss Sonderschulverordnung nach einer Abklärung durch das zuständige Fachzentrum (Stiftung Pädagogisch-Therapeutisches Zentrum Baselland ptz) nach behinderungsbedingter Dringlichkeit.

Beratung für Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und neu befristete Grossgruppen-Förderungen sollen eine Entlastung bringen, um Nachfrage und kontingentiertes Angebot auszugleichen. Mit der Landratsvorlage zur Regelung der speziellen Förderung und der Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzeptes, die zur Zeit vorbereitet wird, soll die Psychomotoriktherapie neu im Rahmen der Förderangebote an den Regelschulen geregelt werden. Über die Mengenausstattung soll im Rahmen dieser Vorlage diskutiert und entschieden werden.

**3.5.1.12 2007/093; Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule; überwiesen am 06/09/2007**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.13 2007/068; Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens; überwiesen am 06/09/2007**

Der Regierungsrat plant im Auftrag des Landrats (Motion 2009/320) die Erarbeitung eines neuen Kulturleitbilds für den Kanton Basel-Landschaft. Der Erarbeitungsprozess soll bis im Herbst 2011 abgeschlossen sein. Der Vorstoss wird mit der Neuauflage der Vorlage zum Kulturleitbild/Kulturgesetz zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.14 2007/162; Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft; überwiesen am 21/02/2008**

Der Regierungsrat beabsichtigt, das Postulat je nach Ausgang nach der Referendumsabstimmung vom

13.2.2011 zur Abschreibung zu beantragen resp. als mit der beschlossenen Vorlage 2010/118 erfüllt (Subvention Theatergenossenschaft Basel für die Spielzeiten 2011/12-2014/15, Verpflichtungskredit) abschreiben zu lassen.

**3.5.1.15 2007/164; Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie; überwiesen am 08/05/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage wird zurzeit erarbeitet und dem Parlament im 2. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als teilweise erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.16 2007/200; Postulat von Elsbeth Schmied vom 6. September 2007: Neuregelung der Schulferien - längere Herbstferien!; überwiesen am 08/05/2008**

Eine entsprechende Umfrage im Kanton BL ist in Vorbereitung und wird im März 2011 durchgeführt. Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im 2. Quartal 2011 unterbreitet.

**3.5.1.17 2007/231; Postulat von Karl Willmann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports!; überwiesen am 08/05/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.18 2007/202; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel; überwiesen am 08/05/2008**

Der Landrat hat das Postulat entgegen dem Antrag in der Landratsvorlage 2008/267, Neubau für die Life Sciences der Universität Basel, mit LRB vom 11.06.2009 stehen gelassen. Wie in der Vorlage 2008/267 dargestellt und gemäss Vorgabe in der Immobilienvereinbarung der Universität werden bei der Standortevaluation Areale in beiden Kantonen berücksichtigt. Eine Standortevaluation (aufgrund neuer Ausgangslage am Standort Volta sowie für noch nicht festgelegte Bereiche) ist für das Jahr 2011 vorgesehen. Über die Ergebnisse der Evaluation wird dem Landrat im Jahr 2011 berichtet.

**3.5.1.19 2007/315; Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region; überwiesen am 08/05/2008**

Diverse wichtige Faktoren (Bedarf, Standort, Dimension, Raumprogramm, Finanzierung, etc.) werden direktionsübergreifend abgeklärt. Der Zeitpunkt für die Unterbreitung der Landratsvorlage ist noch offen.

**3.5.1.20 2007/232; Postulat von Hans-Jürgen Ringenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen; überwiesen am 08/05/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.



**3.5.1.21 2008/108; Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule; überwiesen am 30/10/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.22 2008/092; Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrössen an der Volksschule; überwiesen am 30/10/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.23 2008/068; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie; überwiesen am 30/10/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.24 2009/024; Postulat von Christine Mangold vom 29. Januar 2009: Bericht "Entlastungsstunden Schulleitungen, Ressourcen Schulleitungssekretariate" der Perinnova GmbH vom Juni 2007; überwiesen am 29/01/2009**

Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretungen der Sozialpartner, dem Kantonalen Personalamt und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion hat den Auftrag, gestützt auf die Untersuchungsergebnisse einer externen Firma dem Regierungsrat entsprechende Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten. Die Ergebnisse der externen Untersuchung liegen Ende des 1. Quartals 2011 vor. Im Anschluss kann dem Regierungsrat ein entsprechender Umsetzungsvorschlag unterbreitet werden.

**3.5.1.25 2008/333; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung; überwiesen am 24/09/2009**

Im Bildungsraum Nordwestschweiz wird zur Frühförderung vierkantonal ein didaktisches Handbuch zum Thema entwickelt. In BL werden zurzeit interdirektional die bisherigen Arbeiten zusammengestellt und das weitere Vorgehen festgelegt. Die Berichterstattung an das Parlament erfolgt im 2. Quartal 2011.

**3.5.1.26 2009/187; Postulat von Georges Thüring vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien; überwiesen am 24/09/2009**

Die auf die Schule bezogenen Forderungen des Vorstosses sind Gegenstand des Harmos-Konkordates, insbesondere der Bildungsstandards und des Lehrplans 21. Konzeptionell werden die Massnahmen interkantonal entwickelt;

Aufgabe des Kantons Basel-Landschaft wird es sein, die Massnahmen bei der Einführung des Lehrplans 21 ab Schuljahr 2012/13 umzusetzen. Geplant ist, dies

gemeinsam mit den Kantonen AG, BL, BS und SO im Bildungsraum Nordwestschweiz zu tun.

**3.5.1.27 2008/251; Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule; überwiesen am 24/09/2009**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.28 2008/286; Postulat von Martin Rüegg vom 30. Oktober 2008: KASAK III?; überwiesen am 12/11/2009**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.29 2008/276 ; Postulat von Marianne Hollinger vom 30. Oktober 2008: Wo bleibt das kantonale Sportanlagen-Konzept 3 (KASAK 3)?; überwiesen am 12/11/2009**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.1.30 2008/252; Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 12/11/2009**

Die entsprechende Landratsvorlage wird im 2. Quartal 2011 vorliegen und dem Parlament im 3. Quartal unterbreitet werden.

## 3.5.2 Motionen

**3.5.2.1 2003/090; Motion der GPK vom 10. April 003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen; überwiesen am 18/09/2003**

Der Regierungsrat plant im Auftrag des Landrats (Motion 2009/320) die Erarbeitung eines neuen Kulturleitbilds für den Kanton Basel-Landschaft. Der Erarbeitungsprozess soll bis im Herbst 2011 abgeschlossen sein. Der Vorstoss wird mit der Neuauflage der Vorlage zum Kulturleitbild/Kulturgesetz zur Abschreibung beantragt.

**3.5.2.2 2003/188; Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.2.3 2005/126; Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung; überwiesen am 23/03/2006**

Die Motion wird im Rahmen der Landratsvorlage «Integrative Schulung» bearbeitet und mit dieser Vorlage

im 3. Quartal 2011 als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

**3.5.2.4 2006/225; Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach; überwiesen am 15/02/2007**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im 1. Quartal 2011 unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage als erfüllt zur Abschreibung beantragt.

-----

**3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat**

**3.6.1 Postulate**

Keine

**3.6.2 Motionen**

Keine

-----

**4 Anträge**

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 25. Januar 2011

Im Namen des Regierungsrates  
der Präsident:  
der Landschreiber:

Krähenbühl  
Mundschin

**Beilagen:**

Zur Abschreibung beantragte Postulate und Motionen